

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstermin: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 5. Januar 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mk., die sonstigen Anzeigen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 2

### Ist die jetzige Sonderzulage des Kreises II berechtigt?

Hervorgehoben durch die stets unzulänglichen Ergebnisse des Tarifsausschusses, besteht für das besetzte und das Industriegebiet seit längerer Zeit eine Sonderzulage. Allmählich ist diese nach ständigem, zähem Ringen auch auf die angrenzenden Gebiete teilweise ausgedehnt. Damit ist anerkannt, daß im Kreise II Verhältnisse herrschen, die eine besondere Berücksichtigung erfordern. Wie nicht anders zu erwarten, hat es nicht an Versuchen gefehlt, diese Sonderzulage allmählich wieder abzubauen, wenn nicht gänzlich zu beseitigen. „Weit“aussehende Pläne waren schon ausgearbeitet, die ein langames, aber dafür um so sicheres Verschwinden dieser Sonderzulage bewirken sollten. Aber wie so oft im Leben, kommt es meistens anders, als man denkt.

Als im September v. J. die Tarifverhandlungen eine allgemeine Enttäuschung brachten, blieb es dem Kreisamt des Kreises II vorbehalten, die in Berlin nicht mögliche Regelung wenigstens für diesen Kreis zu schaffen. Und man muß anerkennen, daß dieses in einigermassen zufriedenstellender Weise gelang. Die Lösung wurde gefunden dadurch, daß die Sonderzulage nicht abgebaut, sondern erheblich heraufgehoben wurde. Allerdings mit dem Vorbehalt, daß etwaige vom Tarifsausschuss beschlossene Lohnherabsetzungen vor dem 31. Dezember 1921 auf diese Sonderzulage angerechnet werden sollten. Und dieser Fall trat ein, schneller als man gedacht hatte.

Der wilde Preisausschlag Ende Oktober ist Anfang November ist uns allen ja noch im klaren Gedächtnis. So daß sich jedes weitere Wort über die Lohnherabsetzungen waren die weitere Folge, und in unserm Gewerbe waren die Verhandlungen Ende November in Leipzig die notwendige Folgerung. Hier nun trat der Fall ein, den das Kreisamt des Kreises II als etwaige Möglichkeit vorgesehen hatte, und es sollte nicht an Versuchen auf Seiten der Prinzipale, den Beschluß ohne weiteres in Wirksamkeit zu setzen. Daß die Gehilfenschaft hierfür nun kein Verständnis zeigte, ist selbstverständlich. Eine neue Sitzung des Kreisamts brachte dann die Entscheidung, daß die Sonderzulage vorläufig in der bisherigen Höhe bis 14. Januar 1922 weiterbestehen bleibt. Dann aber soll um so kräftiger an die Beteiligung herangegangen werden. So ist der augenblickliche Stand der Dinge. Für die Gehilfenschaft entsteht nun die Frage: Kann sie einem derartigen Schritte zustimmen oder nicht?

Im nachfolgenden soll nachgewiesen werden, daß für die Gehilfenschaft ein Abbau der Zulage vorläufig und diskutabel ist. Das besetzte Gebiet soll bei dieser Untersuchung völlig ausscheiden. Die Verhältnisse liegen dort derart, daß sich jedes weitere Wort erübrigt. Man braucht nur auf die Besatzungszulage der Reichs- und Staatsbeamten hinzuweisen. Damit ist schon anerkannt, daß dort außergewöhnliche Verhältnisse herrschen. So können wir uns hier auf das eigentliche Industriegebiet und die angrenzenden Gebiete beschränken. War das Industriegebiet schon vor dem Krieg eine der am dichtestbesiedelten Gegenden, so hat der Krieg diese Verhältnisse noch wesentlich verschärft. Die Bevölkerungsdichtigkeit ist heute bereits derart, daß sie ihresgleichen in Deutschland, ja in Europa, abgesehen von einigen Weltstädten, kaum hat. Und diese Dinge werden sich nicht etwa bessern, sondern weiter verschlimmern. Dadurch, daß das Saargebiet unter französischer Verwaltung steht, das Oberloosen zum größten Teil an Polen gekommen ist, ist das Ruhrkohlengebiet das einzige namhafte Gebiet, das dem gesamten deutschen Wirtschaftsleben den Hauptstoff, die Kohle, liefert. Die geförderte Menge würde ausreichen, wenn nicht infolge des Friedensvertrags erhebliche Mengen an die Entente abgegeben werden müßten. Die Folge davon ist, daß überall Kohlenmangel herrscht und bei dem Reichskommissar für das Industriegebiet, unsern früheren Kollegen Meißel, ständig Briefe und Nachrichten aus allen Ecken des Reiches einlaufen, die darauf hinweisen, daß mehr Kohle unbedingt notwendig ist. Diese Vorstellungen gehen aus von Betriebsräten, Verbänden, Gemeindevorständen, einzelnen Firmen usw. Alle weisen darauf hin, daß, wenn nicht mehr Kohle kommt, viele Betriebe stillgelegt werden müßten. Was dies bedeutet, braucht hier wohl nicht näher erläutert zu werden.

Was gibt es nun für Mittel, um diesen drohenden Gefahren entgegenzuwirken. Als einziges Mittel ist heute von

allen maßgebenden Instanzen übereinstimmend anerkannt, weitere Entlastung von Arbeitskräften für den Bergbau. Was bedeutet dies aber wiederum für das Industriegebiet? Weitere Verschärfung der ohnehin so drückenden Wohnungsnot und weitere Erschwerung der Lebensmittelversorgung. Hier in der Stadt Essen z. B. sind nach den letzten Mitteilungen des städtischen Wohnungsamts an Wohnungsuchenden 17257 vorhanden. Davon sind Vordringliche 11629. Gänzlich ohne Wohnung sind 6568. Die Stadtverwaltung fordert nun in einer Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung zur Befriedigung der allerdringendsten Bedürfnisse für den Wohnungsbau die Summe von 119 Mill. Mk. Diese Summe soll wieder aufgebracht werden durch eine Grundstückssteuer. Daß diese wiederum eine weitere Steigerung der Mielen hervorruft, dürfte ohne weiteres klar sein. Dabei haben wir in Essen schon heute einen Anschlag von 90 Proz. auf die Miete vom Juli 1914. Etwaige Abgaben für Treppen- und Flurbeleuchtung sind hierin nicht enthalten. Dazu kommt, daß hier in Rheinland-Westfalen der Mieter für seine Öfen, Herde usw. selbst zu sorgen hat. Diese Lasten dürfte im übrigen Deutschland auch wohl wenig bekannt sein. Wer heute z. B. in die Notwendigkeit versetzt wird, sich einen Küchenherd anzuschaffen, dem dürfte dies Vorhaben wohl allehand Kopfschmerzen bereiten. Dabei ging vor wenigen Tagen eine Notiz durch die Presse, daß die Herdfabrikanten ihre Preise um weitere 25 Proz. erhöht hätten. Daß der Mieter trotz aller Missegehe, Verfügungen, Entschuldigungen usw. für die Instandhaltung der Wohnung selbst sorgen muß, sei nur nebenbei erwähnt. Um die Wohnungsnot weiterhin etwas zu lindern, ist durch Reichsantrag bestimmt, daß von jeder verkauften Tonne Kohlen 2 Mk. für Bedienungsbäcker verwendet werden. Begehrtest mit werden, daß auf diesen Gebiete bereits erhebliches geleistet wurde. Doch was ist die weitere Folge hiervon? Es bedeutet, daß die letzten Reste von Boden verschwinden, die heute noch landwirtschaftlichen Zwecken dienen. Die Lebensmittelversorgung ist damit vollständig auf Zufuhr von außen angewiesen, und wie die Verhältnisse damit bestellt sind, möge hier noch kurz dargestellt werden.

Wir folgen hierbei den Ausführungen, die der Verzeamt für die Lebensmittelversorgung, der Beigeordnete Krosch, in der letzten Sitzung der Essener Stadtverordneten machte. In der Kartoffelversorgung sei zu hoffen, daß die Bevölkerung mit 70-75 Proz. des Bedarfs versorgt werden könne. Die Marktkommission habe in ihrer letzten Sitzung den Preis für den Zentner Kartoffeln auf 110 bis 115 Mk. je nach Güte drei Waggons Emplangssituation festgelegt. Der Preis im Kleinverkauf steht augenblicklich auf 1,50 Mk. für ein Pfund. (Dabei sind die meistens halberkoren. Was ja bei dem weiten Transport aus den östlichen Gebieten kein Wunder ist.) Auf dem Gebiete der Milchversorgung haben die Städte und Gemeinden alle Hände voll zu tun, um eine geschlossene Organisation zu schaffen, die den gleichfalls geschlossenen Landwirtschafts- und Motoreiverbänden entgegenstellen kann. Die Landwirte forderten ab Sof für einen Liter Milch 5,75 Mk. Hierzu kommen 60 Pf. für Anfuhr und molkerereimäßige Bearbeitung, so daß sich der Preis ab Verkauf auf 6,35 Mk. und damit im Kleinverkauf auf 7,50 Mk. stellen würde. Infolge dieser enorm gestiegenen Milchpreise könne natürlich von einer vermehrten Zufuhr nicht die Rede sein. Die jetzt täglich eingehende Milchmenge reiche eben aus, um die Säuglinge und Kranken und darüber hinaus die Kinder bis zu vier Jahren zu versorgen. Sören wir weiter, was der genannte Beigeordnete über die Brotversorgung zu sagen hat. Eine Erhöhung des Brotpreises war nicht länger aufschlebar. Der Brotpreis war festgelegt auf einen Wochenlohn der Bäcker von 530 Mk. Da am 15. Dezember durch Schiedspruch in Dortmund die Bäckereilöhne um weitere 120 Mk. erhöht sind, ist mit einer weiteren Erhöhung des Brotpreises zu rechnen. Die Regierung in Düsseldorf arbeitet hier nach der Formel, daß auf je 10 Mk. Lohnverhöhung eine Brotpreiserhöhung von 1,2 Pf. kommt. Aber die Fleischversorgung nehmen wir folgendes: In Verfolg verschiedener Interpellationen über die Gestaltung der Fleischpreise habe am 4. November 1921 eine Probefleischachtung auf dem städtischen Schlachthofe stattgefunden. Hierzu waren zugezogen Stadtverordnete, Gewerkschaftsvertreter und die Preisprüngsstelle. Das Ergebnis dieser Probefleischachtung waren damals Preise von 12 bis 16 Mk. für ein Pfund Fleisch. Nach derselben Methode würde sich ein Pfund Fleisch jetzt Ende Dezember auf 19,15 Mk. stellen. In der Fleischversorgung sei allerdings eine kleine Besserung eingetreten,

die Preise für Schmalz und Margarine haben eine Ermäßigung erfahren. In der Zuckerherstellung liegen die Verhältnisse trostlos. Die Fabrikanten haben die Preise um 300 Mk. für 100 kg ab Januar 1922 erhöht und halten nun mit dem Zucker zurück. Der Wagenmangel werde nur vorgeschützt. So sehen also die Dinge im großen und ganzen betrachtet auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung aus. Daß sie eine Besserung gegen früher bedeuten, wird niemand behaupten. So wie die Dinge vorstehend geschildert, liegen sie im gesamten Industriegebiet. Und in den Gebieten, die unmittelbar daran angrenzen, ist es auch nicht viel anders.

Aus allen diesem geht doch wohl zur Genüge hervor, daß die Lebensverhältnisse für die gesamte Gehilfenschaft des Kreises II durchaus keine Erleichterung erfahren haben und auch in absehbarer Zeit erfahren werden. Daraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß für die Gehilfen irgendeine Verkürzung in ihren Löhnen den wirtschaftlichen Ruin bedeuten würde und das Gebot der Selbsterhaltung sie zwingt, allen derartigen Versuchen mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Wir verlangen keine Bevorzugung gegenüber den Kollegen im übrigen Reich. Unsere Löhne sind den hiesigen Verhältnissen und denen der übrigen hiesigen Arbeiterklasse angepaßt. Das Material hierfür mag an anderer Stelle Verwendung finden. Der Raum unfres Organs soll nicht übermäßig in Anspruch genommen werden. Irigendwelche weitere Begründung ist überflüssig. Die Gehilfenschaft des Kreises II wird ihren Standpunkt mit Nachdruck zu vertreten wissen.

Essen.

Erich Böhning.

### Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

#### Bierzehnte Ausschubföhung

Die diesmalige Ausschubföhung hatte eine ganz besonders umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Aus diesem Grunde nahm die Tagung volle fünf Tage in Anspruch (13. bis 17. Dezember). Zweiter Bundesvorsitzender Grafmann stellte u. a. mit, daß der Vorstand sich genötigt gesehen habe, einen weiteren Sekretär anzustellen, und daß ferner in Aussicht genommen sei, Hermann Müller (bisher im Zentralarbeitersekretariat) in die Redaktion des „Korrespondenzblattes“ überletzen zu lassen. Der gewerkschaftliche Nachrichtendienst soll künftig nicht mehr von der Redaktion des „Korrespondenzblattes“ als Nebenarbeit besorgt werden. Sodann sind hier noch hervorzuheben die Bemühungen des Bundesvorsitzenden, Maßnahmen der Interalliierten Militärkontrollkommission zu verhindern, die notwendig dazu führen müssen, daß große Teile der deutschen Industrie überhaupt nicht mehr in der Lage sind, arbeiten zu können, wodurch nicht nur die deutsche Volkswirtschaft empfindlich geschädigt, sondern auch die Möglichkeit in weitere Ferne gerückt wird, die geforderten Wiedergutmachungsleistungen ausüben zu können. Ferner verurteilten die Vorgänge im Saargebiete dem Bundesvorstande viel Arbeit.

Im Auftrage des Ausschusses zur Beratung über die Errichtung einer Pensionskasse für Gewerkschaftsangehörige berichtete Umbreit. Der Ausschub schlägt vor, eine Ruhegehaltskasse mit Unfallversicherung zu gründen, aus der auch die unbesoldeten Gewerkschaftsfunktionäre entschädigt werden sollen, wenn sie bei Ausübung ihrer Gewerkschaftstätigkeit zu Schaden kommen und aus welcher ferner Sterbegehalt gezahlt werden soll. Die Veranschlagung dieser Kasse mit den bereits von verschiedenen Gewerkschaften errichteten Kassen würde allerdings einige Schwierigkeiten machen, da die Beiträge und die Leistungen der Kassen in den einzelnen Gewerkschaften sehr verschieden sind. Dazu sind natürlich noch weitere Verhandlungen erforderlich, indessen hoffe der Ausschub, die Sache soweit fördern zu können, daß der nächstjährige Gewerkschaftskongress Beschluß darüber fassen kann.

Die Anstellung eines Jugendsekretärs wurde beschlossen nach kurzer Begründung durch Sassenbach. Dem Beschluß ging noch eine ziemlich lebhaft ausgesprochene Vorrede, die unter anderem erkennen ließ, daß der Ausschub unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Lehrverhältnis nicht als Erziehungs-, sondern als Arbeitsverhältnis betrachtet wissen will.

Die Aussprache darüber, von welcher Stelle Ortsauschubvertreter in Reichsausschub bei gerichtlichen Ver-

Forderungen für ihre Tätigkeit im Auftrag des Ortsauschusses zu gewähren sei, leitete Ernst Schulze ein. Es handelte sich um eine recht schwierige Frage, da zuweilen kleine Ortsauschüsse in Frage kommen und die betroffenen Ortsauschubvertreter mitunter Verbänden angehören, denen es schwer fällt, die aus der Strafverfolgung ihres Mitgliedes entstehenden Gelddrüsen zu übernehmen, um so mehr, da schon Fälle vorgekommen sind, bei denen es sich um hohe Beträge handelt. Auch über diesen Gegenstand entspann sich eine längere Aussprache, deren Ergebnis Vorstehender Graßmann dahin zusammenfaßt, es sei daran festzuhalten, daß für Maßnahmen, die irgendwelche gerichtliche Folgen nach sich ziehen, die Ortsauschüsse nach wie vor verantwortlich bleiben. Wenn polizeiliche und gewerkschaftliche Grenzfälle vorliegen, dann müsse doppelt vorsichtig geprüft werden. Es sei vor allem das Gefühl der Verantwortlichkeit rege zu erhalten und die politischen Parteien seien von einer etwa auf sie fallenden Verantwortlichkeit nicht freizusprechen. Wo sich herausstelle, daß die Ortsauschüsse nicht für die Kosten allein aufkommen könnten, so müsse man sich mit den betreffenden Gewerkschaften ins Einvernehmen setzen.

Zur Arbeitslosenfrage berichtete Spieß, daß die Regierung beabsichtigt, einen Entwurf zu einem Notgesetz einzubringen, wonach jeder beschäftigte Arbeiter wöchentlich 1 Mk. Beitrag zu einer Zwangsversicherung gegen die Arbeitslosigkeit zahlen soll. Ferner sollen die Unternehmer für jeden von ihnen beschäftigten Arbeiter wöchentlich 1 Mk. zahlen und eine dritte Mark soll das Reich zuschießen. Sodann soll ein Gesetz ausgearbeitet werden, dessen Inkrafttreten sechs Monate später als der Beginn der Beitragsleistung gedacht ist. Im Anschluß daran entspann sich eine lange und lebhafteste Aussprache, in der fast alle Redner davor warnten, sich für das Notgesetz zu erklären, ohne daß man weiß, wie nachher das Arbeitslosenversicherungsgebot aussehen wird. Auch müsse der Arbeiterchaft selbst Gelegenheit gegeben werden, sich darüber zu äußern. Die Arbeiterchaft müsse sich nicht immer mit dem „revolutionären Endzweck“ beschäftigen, sondern mehr mit sozialpolitischen Vorlagen. Andre Redner lebten die Beitragsleistung der Arbeiter ab und wollten, daß zunächst die Unternehmer angehalten werden, aus ihren fehligen großen Gewinnen Rücklagen für die kommende Zeit der Krisis zu machen, aus denen die Arbeitslosen zu unterstützen seien. Diesem zum entgegengehalten, daß man auch Vertrauen zu dem Einflusse der sozialdemokratischen Parteien im Reichstage haben müsse, und daß diese einem Gebot nicht zustimmen würden, das den Forderungen der Gewerkschaften nicht entspricht. Der Ausschub beschloß zunächst gegen drei Stimmen grundsätzlich keine Zustimmung zu einer Arbeitslosenversicherung. Ferner erklärte er sich in seiner Mehrheit für Selbstverwaltung und Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Hausangestellten.

Der Verband der Hotel-, Restaurant und Cafésangestellten ist durch den großen Streik in Berlin finanziell sehr stark in Anspruch genommen worden. Die dadurch entstandenen Schwierigkeiten des Verbandes glauben die Unternehmer in mehreren Orten auszunutzen zu können, um im Gastwirtschaftsbereich die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Demgegenüber erklärte der Bundesauschub einmütig, daß der Verband bei unvermeidlichen Abwehrkämpfen auf die Hilfe der übrigen Gewerkschaften rechnen dürfe.

Die Gründung einer Gewerkschaftsbank ist ein alter Plan, der sich bisher jedoch noch nicht hat verwirklichen lassen. Schon früher kam aus Genossenschaftskreisen die Anregung, eine Gewerkschafts- und Genossenschaftsbank zu gründen. Während der Kriegsjahre konnte die Sache nicht weiter verfolgt werden. Kaiser's Ruhe beruhte, daß neuerdings die Gewerkschaften mit der Groß-Industriegesellschaft des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften darüber verhandelt haben, mit den Gewerkschaften gemeinsam eine Bank zu gründen. Ein Einverständnis sei mit den Genossenschaften nicht erzielt worden, so daß jetzt die Frage erwogen werden müsse, ob nicht die Gewerkschaften allein zur Gründung einer eigenen Bank schreiten sollten. Der Ausschub stimmte dem Plane grundsätzlich zu, hielt es jedoch für besser, wenn die Bank gemeinsam mit den Genossenschaften errichtet werde. Darüber sei noch weiter zu verhandeln.

Einem Antrage des Bundesvorstandes, während der ersten beiden Vierteljahre des Jahres 1922 für jedes Mitglied einen Ertragsbeitrag von 20 Pf. an die Bundeskasse zu leisten, stimmte der Ausschub gegen eine Stimme zu. Zu langen und gründlichen Auseinandersetzungen führten die Verhandlungen über Steuerfragen und Kredithilfe der Industrie, die Barnow (Holzarbeiter) mit Ausföhrungen einleitete, die die Unausführbarkeit des Versailles Friedensvertrags und des Londoner Ultimatus anschaulich vor Augen führten. Er legte dem Ausschub folgende Entschlußfassung vor:

Der Bundesauschub erkennt die Notwendigkeit an, unter allen Umständen mindestens den Inneren des Reiches ins Gleichgewicht zu bringen, denn die Einschränkung des Notenverkehrs ist der Voraussetzung für die Gründung der Finanzen und der Wirtschaft. Mit dem von der Regierung vorgelegten Steuerprogramm kann dieses Ziel jedoch nicht erreicht werden. Der einseitigen schweren Belastung der breiten Massen durch Verbrauchssteuern und Lohnsenkung steht keine auch nur annähernd gleichwertige steuerliche Erleichterung von Besitz und hohen Einkommen gegenüber.

Der Ausbau und die Erhebung direkter Steuern ist deshalb mit größtem Nachdruck zu betreiben. Darüber hinaus sind schätzenswerte Maßnahmen durchzuführen, um die von der Gebietsverwaltung weniger betroffenen Vermögenswerte entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit der Besteuerung zu unterwerfen.

Der Bundesauschub erklärt seine Zustimmung zu den von den Vorständen des A.O.G.B. und des A.L.A.-Bund am 15. Dezember aufgestellten zehn Forderungen und lehnt in deren Erfüllung die Umwandlung einer Gewerkschaft in eine Körperschaft ab.

An die Reichsregierung und die beteiligten Körperschaften richtet der Bundesauschub das Verlangen, die aufgestellten zehn

Forderungen durchzuführen und erwarten von der Arbeiterchaft, daß sie durch ihr geschlossenes Zusammenstehen die notwendigen parlamentarischen Aktionen unternimmt.

Von der Entschlußfassung wurde angenommen der erste Absatz gegen eine Stimme, der zweite und dritte Absatz einstimmig und der letzte Absatz gegen vier Stimmen. Ferner stimmte der Ausschub folgender Entschlußfassung zu:

Zur Entlastung der Finanzämter und damit zur Befreiung der Steuerertragslage bei höheren Einkommen ist durch sofortige Änderung des Einkommensteuergesetzes die Grenze für den abzugsfähigen Lohnabzug von 3000 Mk. hinauszurücken. Ferner sind die der Steuerfreiheit unterliegenden Lohn- und Gehaltsbeträge entsprechend zu erhöhen.

Aber die Stellung des A.O.G.B. zum Deutschen Beamtenbund berichtete Leipart. Es haben verschiedene Verhandlungen stattgefunden zu dem Zweck, einen ähnlichen Organisationsvertrag herbeizuführen, wie er mit dem Allgemeinen freien Angestelltenbund abgeschlossen worden ist. Viele Verhandlungen führten bisher zu keinem Ergebnis. Der Bundesauschub nahm nunmehr eine Entschlußfassung einstimmig an, laut welcher der Bundesvorstand ermächtigt wird, in Gemeinschaft mit dem A.L.A.-Bund eine Beamtenzentrale des A.O.G.B. und des A.L.A.-Bundes zu errichten, die den Zweck haben soll, die in den angeschlossenen Verbänden vorhandenen Beamtengruppen zur gemeinsamen Vertretung allgemeiner Beamteninteressen zusammenzuführen.

Zum Arbeitszeitgesetz erklarte Umbreit ein ausführliches Referat, aus dem besonders hervorzuheben ist, daß der Reichsarbeitsrat den Gesetzentwurf nicht eher verabschieden will, als bis die von der Regierung in Aussicht gestellten Gelegenheitsurteile über die Arbeitszeit der anderen Arbeitnehmergruppen vorliegen. Folgende Entschlußfassung wurde einstimmig angenommen:

Der Bundesauschub des A.O.G.B. erkennt aus dem vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, daß die Reichsregierung beabsichtigt ist, den durch die Gesetzgebung der Revolutionen- und Demobilisationsgesetz erreichten Achtstundentag für alle Arbeitnehmer wieder zu befestigen. Diesem Zweck soll vor allem die Sonderregelung für gewerbliche Arbeiter dienen, neben den Sondergesetzen für die Arbeitszeit der Angehörigen der Verkehrsberufe, der Schiffahrt, der Seimarbeit, der Landwirtschaft und schließlich der Beamten geplant sind. Im Einklange damit steht ferner die Zulassung von Ausnahmen in einem Umfange, der jedes Maß wirtschaftlicher Notwendigkeit übersteigt und die Arbeitsdauer im Einzelfalle der Willkür der Arbeitgeber und Beibeholder überläßt.

Der Bundesauschub muß gegen eine solche Gestaltung des Arbeitsrechts Verwahrung einlegen. Er fordert die Gewerkschaftsvertreter im Vorläufigen Reichsarbeitsrat und die Arbeitervertreter im Reichstag auf, dafür zu sorgen, daß den deutschen Arbeitnehmern ihr gesetzlicher Achtstundentag ungeschmälert erhalten bleibt.

Die Gewerkschaften können nur einem Arbeitszeitgesetz zustimmen, das:

1. die Arbeitszeit aller Arbeiter, Angestellten und Beamten einschließlich der Sonntagruhe und des Urlaubs gleichmäßig und gemeinsam nach den gleichen Grundätzen regelt.
2. zum mindesten die Verpflichtungen der Abkommen von Washington und Genua sofort und in vollem Umfange verwirklicht, und
3. den Achtstundentag wirksam schützt, anstatt ihn preiszugeben.

Im Anschluß daran wurde folgende Resolution zur Ratifizierung der Internationalen Abkommen von Washington und Genua angenommen:

Der Ausschub des A.O.G.B. hat mit Befremden davon Kenntnis genommen, daß die deutsche Reichsregierung die Internationalen Arbeitsabkommen von Washington und Genua noch immer nicht ratifiziert hat, obwohl diese schon vor längerer Zeit vom Vorläufigen Reichsarbeitsrat zur dringenden Annahme empfohlen worden sind.

Die Gewerkschaftsvorstände halten eine Verzögerung der Ratifikation dieser Abkommen schon deshalb für unverständlich, weil deren Inhalt bis auf wenige untergeordnete Punkte bereits von der deutschen Gesetzgebung erfüllt und teilweise überholt sind. Im so mehr Gewicht zu legen, daß Deutschland durch die Anerkennung der Vereinbarungen den noch abgerundeten Industriestaaten ein Beispiel sozialer Vorarbeit und der Arbeiterchaft seiner Staaten einen Impuls zur Einwirkung auf ihre Regierungen gibt, diesem Beispiel alsbald zu folgen. Der Bundesauschub des A.O.G.B. erwartet von der Reichsregierung, daß sie zum wenigsten diejenigen Abkommen sofort ratifiziert, die durch die deutsche Gesetzgebung bereits erfüllt sind.

Zur Schlichtungsordnung referierte Leipart. Es handelt sich hauptsächlich um den § 55 und die Versuche, in diesem Verbesserungsvorschlägen anzubringen. Es kam im Reichsarbeitsrat schließlich zu einem Mehrheitsbeschlusse gegen die Stimmen der Gewerkschaftsvertreter. Dieser Beschluß wurde vom Bundesauschub gegen eine Stimme abgelehnt.

Sodann beschloß der Bundesauschub sich mit dem bevorstehenden Gewerkschaftskongress. Es handelt sich dabei hauptsächlich um eine von Bundesvorstand vorgelegte Vorlage zur Errichtung von Bezirksauschüssen. Dazu referierte Schulze. Solche Bezirksauschüsse gibt es bereits in verschiedenen Gegenden Deutschlands; teils mit Unterstützung durch den Bundesvorstand. Da ferner die Bildung von Bezirksarbeitsräten bevorsteht, schlug der Bundesvorstand vor, für jeden Bezirk eines solchen auch einen Bezirksauschub des Bundes zu errichten. Weitere Bestimmungen in der Vorlage regeln die Aufgaben usw. Wegen dieses Vorschlags wurden Einwendungen erhoben, da es vorgekommen ist, daß Ortsauschüsse über ihre Befugnisse hinausgingen und man befürchtete, dies könnte auch bei Bezirksauschüssen geschehen. Auch wurde befürchtet, daß die Ausgaben die Gewerkschaften zu sehr belasten könnten. Ferner wurde empfohlen, mit der Errichtung von Bezirksauschüssen zu warten, bis die Abgrenzung der Bezirke für die Bezirksarbeitsräte erfolgt sei. Nachdem Leipart jedoch darauf hingewiesen hatte, daß der Gewerkschaftsbund dann mit der Errichtung von Bezirksauschüssen und Bezirkssekretariaten zu spät komme, und daß es sich zunächst nur darum handeln könne, in einigen größeren Orten, die mit größter Wahrscheinlichkeit auch die Sitze von Bezirksarbeitsräten werden, dort schon einen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge auszuüben und die dabei gemachten Erfahrungen zu verwerten, nahm der Bundesauschub die Vorlage des Vorstandes gegen drei Stimmen an.

Im Anschluß daran beantragte Wismann (Metallarbeiter), dem Gewerkschaftskongress eine Vorlage zu unterbreiten, wonach Gewerkschaften, deren Mitgliederzahl 500000 übersteigt, berechtigt sein sollen, zu dem Bundesauschub einen weiteren Vertreter zu entsenden. Dieser Antrag wurde angenommen. Ein weiterer Antrag Wismann, dem Deutschen Metallarbeiterverbande zu gestatten, bis zum nächsten Gewerkschaftskongress zu dem Bundesauschub einen zweiten Vertreter zu entsenden zu dürfen, wurde mit 21 gegen 18 Stimmen angenommen mit der Maßgabe, daß nur einer der beiden Vertreter Stimmrecht habe.

Bei der Aussprache über die Wahl des Kongressorts wurden mehrere Großstädte genannt. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, mit den betreffenden Ortsauschüssen in Verhandlungen zu treten.

Sodann nahm der Bundesauschub noch folgenden Protest gegen die Maßnahmen der Internationalen Militärkontrollkommission einstimmig an:

Der Ausschub des A.O.G.B. stellt fest, daß die Internationalen Militärkontrollkommission in jüngster Zeit erneute Forderungen gestellt hat, die angeblich die Aufhebung von Kriegsmaßnahmen in Deutschland verhindern sollen, in Wirklichkeit aber unerbittliche Eingriffe mit unübersehbaren Folgen für das deutsche Wirtschaftsleben und damit eine schwere Schädigung der deutschen Arbeiter bedeuten. Diese Forderungen beziehen sich auf weitere Zerstörung von Gebäuden, Maschinen und Einrichtungen der Deutschen Werke und auf das Verbot, schmelzende Metallmengen zu bauen.

Der Bundesauschub erhebt gegen das Verlangen der Internationalen Militärkontrollkommission schärfsten Widerspruch. Er erklärt, daß die deutschen Gewerkschaften des älteren ihrer ersten Willen beibehalten haben, Kriege in Zukunft unmöglich zu machen und daß sie darum die Feststellung von Kriegsmaßnahmen verweigern und verhindern wollen. Der absolute Friedenswille der Gewerkschaften ist die sicherste Gewähr für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn, er ist präzis aber auch weit wirkungsvoller als die unvollständigen Maßnahmen der Internationalen Militärkontrollkommission.

Unter Hinweis auf diese enge Eingeschlossenheit fordert der Bundesauschub, daß man die deutsche Arbeiterschaft endlich freilassen, auf die Fällung der Kriegsmaßnahmen im Inn- und Ausland abzielenden Beschränkungen ungeachtet nachzugehen läßt und daß die alliierten Regierungen bzw. ihre Kontrollorgane Handlungen unterlassen, die dieses hindern, dabei dem angeführten Zweck nur sehr unvollkommen gerecht werden und zudem die nur kleine Kreise umfassende Kriegsalliierte Reaktion stärken.

Ferner lag dem Bundesauschub ein Entwurf zu einer Vereinbarung gegen wilde Streiks vor. Der Ausschub lehnte es ab, diese Vereinbarung mit den christlichen und den kirchlich-sonderlichen Gewerkschaften gutzuheißen. Es wurde jedoch betont, daß damit die Sache selber noch nicht abgelehnt sei, daß es vielmehr notwendig sei, in der höchsten Bundesauschubtagung über die Behandlung wilder Streiks zu verhandeln.

Infolge des Auscheidens des Zentralverbandes der Angestellten aus dem A.O.G.B. wurde die Ersatzwahl eines Bundesvorstandesmitglied erforderlich, da nunmehr auch Siebel als Angehöriger der genannten Gewerkschaft aus dem Bundesvorstand ausscheiden muß. Der Ausschub wählte als Ersatz Janschek (Bergarbeiter). Bei dieser Gelegenheit gedachte Leipart mit einigen warmen Worten des auscheidenden Zentralverbandes der Angestellten, der nunmehr nur noch dem A.L.A.-Bund angehöre.

Protokoll berichtete, daß einige Gewerkschaften Betriebsrätekonferenzen einberufen haben, die mit den Richtlinien des Betriebsrätekonferenzen nicht zu vereinbaren sind. Die Sache wurde dem geschäftsführenden Ausschub der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale zur Stellungnahme überwiesen.

Damit war eine sehr umfangreiche Tagesordnung erledigt. Zum Schluß wurde noch der Wunsch ausgedrückt, es möge lieber öfter eine Ausschubtagung einberufen werden, damit die Tagesordnung nicht wieder so sehr belastet werden muß.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Ordnungliche Generalversammlung am 13. Dezember.) Kollege Massini begrüßte zunächst die neugewählten Delegierten herzlich und ermahnte sie, in den jetzigen bewegten Zeiten stets ihren gewerkschaftlichen Pflichten nachzukommen. Ein vom Kollegen Wolf vor Eintritt in die Tagesordnung eingelegter Protest gegen die Delegiertenwahlen im vierten Bezirke wurde nach kurzer Debatte als vollkommen unbegründet zurückgewiesen. Unter „Mittelungen“ folgte Kollege Massini aus, daß das Lohnabkommen vom 1. Dezember unter den Kollegen im Reich wenig Widerspruch hervorgerufen habe, desto mehr aber bei der Prinzipalität, speziell in Dirschleben. In Berlin haben sich keinerlei Schwierigkeiten bemerkbar gemacht. Lohndifferenzen sind lediglich in den Hausdruckereien der Metallbetriebe entstanden, wo 103 Kollegen in den Ausland getreten sind, um die Anerkennung des Tarifs durchzusetzen. Dies ist bei der A. G. O. bereits gelungen, der die andern kleineren Betriebe vorausschicklich folgen werden. Neun Kollegen, die in diesem Falle keine Solidarität bezeugten, mußten ausgeschlossen werden. Eine ähnliche Bewegung in einem Betriebe der Chemischen Industrie scheiterte an der Uneinigkeit der Kollegen. Der Vorstand hat sich in seiner letzten Sitzung für Gründung des Lohnabkommens am 15. Dezember ausgesprochen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die andern Gauen hierzu stellen. Der Vorstandstand steht sich günstig, ab 1. Januar den Verbandsbeitrag um 2 Mk. zu erhöhen, einerseits wegen der Entwertung des Geldes, andererseits wegen Erhöhung der Interkassen, der Kosten der Geschäftsführung usw. Aus denselben Gründen soll der Gebührebeitrag um 1 Mk. erhöht werden, so daß derselbe vom 1. Januar ab wöchentlich 13 Mk. beträgt. Ohne Debatte erklärte sich die Versammlung mit der Beitragserhöhung einverstanden. Bei



**Punkt 2 der Tagesordnung: „Wahl des Gauvorstandes“.** führte Kollege Herrmann aus, daß die Delegiertenwahlen in den Bezirken bemessen haben, daß die große Mehrheit der Berliner Kollegenschaft mit der Wahl des Gauvorstandes einverstanden sei. Er empfahl daher die Wiederwahl desselben en bloc. Kollege Wolf trat für Urwahl ein und schlug als Vorsitzende die Kollegen Schreiber und Bierack vor. Kollege Napp gab im Namen der U.S.P.-Opposition die Erklärung ab, daß er es ablehne, Vorschläge zu machen, weil seine Freunde in Folge des bestehenden Wahlsystems keinerlei Aussichten hätten. Er sprach dem Gauvorstande sein Mißtrauen aus und bestritt, daß bei den Delegiertenwahlen nach den Regeln der Demokratie verfahren worden sei. Seltens der Kollegen Zwirner, Pösch, Clasen und Frensbitter wurde festgestellt, daß demokratisch wie bei unsern Delegiertenwahlen gar nicht verfahren werden kann. Wenn die Opposition diesmal trotzdem so häufig abgelehnt habe, so liege es daran, daß sie in den einzelnen Bezirken nicht einmal genügend Kandidaten aufbringen konnte und deshalb mit ihren alten Freunden von der A.P.D. Hand in Hand ging. Ferner habe ihr unaufrichtiges und schwankendes Verhalten in den letzten Versammlungen ihnen viel Abbruch getan. Kollege Massini bezeichnete die Erklärung Napps als jeder Grundlage entbehrend. Vor vier Monaten erst sei das Statut zugunsten der Opposition geändert worden. Demokratie bedeute Unterordnung unter den Willen der Mehrheit. Das solle sich die Opposition erst einmal zu eigen machen, und nicht immer von Demokratie sprechen, wenn ihr etwas nicht passe. Einfluß könne sie nur gewinnen, wenn sie gewerkschaftlich und wirtschaftspolitisch mitarbeite und jeden Verstoß unterlasse, die Mehrheit der Kollegen durch Verrätnisse in den Versammlungen oder durch parteipolitische Übernahmen zu wackeln. Für die Unterstützung der Kandidaten der A.P.D.-Opposition wurden nur sieben Stimmen abgegeben, die Kandidatur der Kollegen Schreiber und Bierack war also abgelehnt. Als erster bzw. zweiter Vorsitzender wurden die Kollegen Massini und Albrecht gegen fünf Stimmen wiedergewählt. Vor der Wahl der Schriftführer protestierte Kollege Bierack noch einmal dagegen, daß keine Urwahl vorgenommen werde. Er bezeichnete dies als Rechtslosmachung der Berliner Kollegenschaft. Kollege Massini wies diese Demagogie entschieden zurück. Eine Urwahl könne nach dem Statut nur stattfinden, wenn mehrere Kandidaten für einen Posten nominiert wurden. Das sei von der Generalversammlung nicht geschehen. Es werde also vollkommen statutenmäßig verfahren. Die bisherigen Schriftführer wurden gegen vier Stimmen wiedergewählt, desgleichen der Kassierer, Kollege Schießler, und der Verwalter, Kollege Besteck. Mit demselben Stimmenverhältnisse, teilweise sogar einstimmig, vollzog sich die Wahl der Vereinsboten, der ordentlichen und außerordentlichen Revisionskommission, der Bibliothekskommission und der Vermögenskommission. Es folgte die Bestätigung der Wahl der Bezirksleiter, der Spartenvertreter und der Vereinsangestellten. Die Remunerationen der Schriftführer und des Vorsitzenden des Schiedsgerichts wurden auf 150 bzw. 250 Mk. halbjährlich erhöht. Allen Arbeitslosen, Kranken und Invaliden wurde einstimmig eine Weihnachtsunterstützung von 150 Mk. bewilligt. Ein weitergehender Antrag des Kollegen Thaler wurde aus statutarischen Gründen abgelehnt. Unter dem letzten Punkte: „Verschiedenes“, wurde eine Anregung der Epigraphischen Vereinigung aufkommen für Kenntnis genommen, welche den Wunsch ausdrückt, daß ihr bei Herstellung von Druckmaschinen des Gauvereins, der Spartenvereine und sonstiger Kollegenvereine durch Ausschreibung kleiner Wettbewerbe Gelegenheit gegeben werde, ihr Können zu zeigen und der Fortbildung zu dienen. Zum Schluß verlor Kollege Büchner das Verhallen der neun in den Metallbetrieben gebliebenen und vom Vorstand ausgeschlossenen Kollegen zu rechtfertigen, wurde damit aber von den Kollegen Zwirner und Lange unter Zustimmung der Versammlung zurückgewiesen.

**Wienburg.** Am 2. Januar beging unser Kollege Karl Borchardt sein 50jähriges Berufsjubiläum. Am 2. Januar 1872 trat der Jubilar in Grafenhausen in Pommern in die Lehre, arbeitete dann in Beeskow, Fürstentum, Berlin und trat am 10. Juni 1895 hier in den „Nachrichten“ in Kondition, wo er noch heute als Angelegenheitsleiter tätig ist. Wir wünschen dem noch rüstigen Kollegen, daß es ihm vergönnt sein möge, noch manches Jahr seinen beruflichen Pflichten nachgehen zu können.

**Kasse a. d. S.** Am 28. Dezember geleistete die Kasse der Kollegenschaft den früheren langjährigen Gauverwalter, Kollegen Christian Ohls, unter zahlreicher Beteiligung zur letzten Ruhe. An der Bahre widmete der Gauverwalter seinem langjährigen, verdienstvollen Mitarbeiter einen tiefempfindenen Nachruf. Die Kasse der Kollegenschaft ehrte den Verstorbenen durch verschiedene Kranzspenden, und im Namen des Verbandsvorstandes, des Gauvorstandes, der Gauen Dresden, Leipzig, Hamburg, Württemberg und Rheinland-Weissalen sowie der Bezirke Dessau, Stendal, Wittenberg und Zeitz legte der Gauverwalter Kränze mit Widmungen an der Bahre nieder. Andre Bezirke und Druckereien stifteten die Kranzgebelder der Witwe. Zahlreiche Beileidschreiben gingen ein. Allen Beileidigen sei an dieser Stelle namens der Hinterbliebenen herzlich gedankt. Mit dem Eingangsliede „Still ruht ein Herz im Vaterhause“, begann die stimmungsvolle Feier, und unter den Klängen des Schlußliedes „Wie lie so launlich ruhen“ verank der Sarg mit unserm lieben Ohls in die Erde, um dem letzten Willen des Entschlafenen entsprechend verbrannt zu werden. Für den tiefempfindenen Gesang auch an dieser Stelle dem Gesangsvereine „Gutenbergs“ herzlichen Dank des ganzen Trauergesolges.

## □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

**Weitere Preissteigerung für Zeitungspapier.** Der Preis für Tageszeitungspapier beträgt jetzt (sage und schreibe 7,05 Mk. pro Kilo, gegenüber 4,20 Mk. im Dezember und 3,60 Mk. im November. Der erhöhte Preis des gleichen Papiers für Nachmittagszeitungen (Nachzeitungen und dergleichen) stellt sich in Zukunft auf 7,85 Mk. Eine Preisbemessung in solcher Höhe greut nicht an wucherliche Erprellung, gegen die die gesamte Öffentlichkeit entschieden Front machen sollte, in erster Linie die Zeitungsvorleger.

**Hamburger Betriebsräte zur Zeitungsnof.** Zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Not der Zeitungen wurden in einer Eingabe der Vereinigten Betriebsräte der Hamburger Zeitungen von Reichsbehörden und Reichstag folgende Maßnahmen gefordert: 1. Eingreifen des Staates gegen jede ungerechtfertigte Erhöhung des Zeitungsdruk-papierpreises. 2. Einziehung des Zeitungsdruk-papiers in die Klasse lebenswichtiger Bedarfsgegenstände. 3. Verletzung des Zeitungsdruk-papiers in eine billigere Klasse des Eisenbahnzuckerzolls. 4. Befreiung jeder Sonderbelastung im Zeitungsgewerbe auf dem Wege einer erhöhten Umlafteuer für die Inserate. 5. Weltgebende Herabsetzung der bereits abgeschlossenen und noch zur Veratung stehenden Postgebühren.

**Nachahmenswerte Beispiele.** Die Buchdruckerei August Brändler in Weingarten (Baden) zahlte auch in diesem Jahre Weihnachtsbeihilfen, und zwar ihren gelehrten technischen Arbeitern 100–150 Mk., den Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen 30–100 Mk. je nach Geschäftszugehörigkeit. — Die Schloßdruckerei in Braunschweig gewährte ihren sechs verheirateten Gehilfen zum Weihnachtsest eine Sonderbeihilfe von je 300 Mk.

**Die Zeitungsverbote.** Die Ausnahmeverordnung, die letzterzeit als Folge des Affentats auf Erzberger zum Schutze der Republik erlassen wurde und die in ihrer Auswirkung viel Erscheinungsverbote von Zeitungen (neben einigen kommunikativen Blättern in der Hauptstadt solche rechtsradikaler Richtung) im Gefolge hatte, ist nun auf Grund eines Kompromisses gefallen, das zwischen Bayern und dem Reiche geschlossen worden ist und nachdem der Reichstag in einer seiner letzten Sitzungen dem Verlangen nach Aufhebung der Verordnung stattgegeben hatte. In Kürze wird jedoch an die Stelle der Ausnahmeverordnung das Gesetz zum Schutze der Republik treten, über das der Reichstag in allernächster Zeit beschließen wird. Der weiter maßgebend bleibende § 7 der Verordnung regelt die Beschränkungen gegen Zeitungsverbote und -beschlagnahmen, die bis zum 31. Dezember 1921 erhoben worden sind.

**„Einheitszeitungen“ als Gegenstand des Unterrichtsstudiums.** Infolge allerlei Umstände, wie auch Ausperrungen und Streiks als Folge von Tarifverhandlungen oder Lohnifferenzen, durch die die Zeitungen an regel-rechten Erscheinen verhindert wurden, sind die Verleger dazu übergegangen, an einzelnen Orten sogenannte Einheitszeitungen herauszugeben, wie sie in ähnlicher Weise ihre Vorläufer schon im vorigen Jahrhundert hatten. Wenn auch zum großen Teil diese Aktionen der Prinzipale kräftig danebenklagen, so können doch kleinere Erfolge nicht verkannt werden. Das Institut für Zeitungskunde der Universität Leipzig will nun dieses „Zeiden der Zeit“ zu einem besonderen Studium machen. Es werden Magistrats- oder Stadträte, Verleger und Schriftleiter aller Städte, in denen solche Einheitszeitungen erschienen sind, um nähere Mitteilungen darüber ersucht und um Zusendung von Belegen, wenigstens der ersten und letzten Nummer, gebeten. Soweit diese Erhebungen leblich dazu dienen sollen, das Wissen über das Zeitungswesen zu bereichern, wird wenig dagegen einzuwenden sein. Sehr bedauern würden wir es dagegen, wenn das Institut für Zeitungswesen an der Leipziger Universität damit Ziele verfolgte, die einer Begünstigung solcher „Einheitszeitungen“ gleichkommen würden, denn deren „Notwendigkeit“ ergab sich bisher in der Regel nur dort, wo die Zeitungsvorleger ihren Angestellten und Arbeitern in Lohn- und Arbeitsfragen sehr viel zu wünschen übrig ließen. Ans ist bekannt, daß der Gründer des Leipziger Instituts für Zeitungswesen, Professor Karl Blicher, bisher auf höherer Warte stand. Wir vermögen daher auch noch nicht daran zu glauben, daß die „Einheitszeitungen“ ein Objekt sein könnten, das sozialpolitische Ansehen dieses Mannes in Arbeiterkreisen zu verdupeln.

**Eine neue Schmalmaschine.** Nach einer Meldung des „The Inland Printer“ haben H. F. Osterlind (Direktor der Osterlind Printing Press & Mfg. Co.) und F. C. Damm, beide in St. Paul (Minnesota), eine neue Schmalmaschine erfunden, die sie mit „The American Typocast“ bezeichnen. Es ist eine Zeltgleichmaschine mit Normalmatrizen, die sowohl Rahmen, Zierart und andres Zubehör bis zu 72 Punkten gießt. Die Erfinder geben an, ihr Preis werde nur halb so hoch sein wie für andre Schmalmaschinen.

**Offene Stellen für befähigte Gewerkschafter.** Vom Zentralstellennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin SO 16, Engelufer 24) werden gesucht: Arbeitersekretär für Rechtsauskunft, Leitung des Ortsauschusses und der Betriebsrätezentrale für Hanau a. M., Bedienung: fünfjährige gewerkschaftliche Organisation. Angabe der politischen Organisationszugehörigkeit erforderlich. — Arbeitersekretär für Stabsarzt Leopoldshall. Erforderlich: rednerische und agitatorische Beschäftigung, Vertrautheit mit dem Betriebsrätegesetz, handschriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf und Angabe von Referenzen

erforderlich. — **Gewerkschaftssekretär für Bochum.** Erforderlich: rednerische und agitatorische Beschäftigung, mindestens zehnjährige gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit. — **Ausführliche Bewerbungen** sind umgeben an genannte Zentrale zur Weiterbeförderung einzulenden. Künftig wird man sich direkt an die zuständige Stelle wenden können, da in Zukunft die Adressen beigefügt werden.

**Sändlerkontrollen durch Betriebsräte.** In Alstedt ist eine aus Betriebsratsmitgliedern bestehende, vom Kleinhandelsverband und der Handelskammer gebilligte Preisfestsetzungskommission eingesetzt worden, die die Sändler kontrollieren und jeder Art von Wucher energig entgegenfretzen soll. Die Kommission soll das Recht haben, sich die Fakturen vorlegen zu lassen, um etwaigen Wucher seitens der Fabrikanten feststellen und das Einschreiten veranlassen zu können. Bei in Frage kommenden auswärtigen Fabrikanten erfolgt Verständigung mit den Betriebsräten der betreffenden Orte.

**Sonderdruck über Mieterschuldsgefehung.** Vom Gewerkschaftshartell Leipzig, Zeher Straße 32, ist ein Sonderdruck mit folgenden Gehelntiteln herausgegeben worden: Mieterschuld und Mieteneinigungsämter; Verordnung über das Verfabren vor den Mieteneinigungsämtern (vollständiger Wortlaut, im Gegensatz zu den amtlichen Ausgaben, die nur die Änderungen bringen); Regelung der Mietzinsbildung (Reichsmietengesetz). Der Preis ist (ohne Porto) 2,50 Mk., von zehn Exemplaren ab 2 Mk. jedes Stück. Vorauszahlungen zugleich mit Aufgabe der Bestellung auf Postfachkonto Leipzig 65139, sonst nur per Nachnahme.

## Geforben

In Berlin am 2. November der Seherinvalide Wilhelm Brand aus Ballenstedt, 65 Jahre alt — Ungenentübling; am 3. November der Seher Will Schneider aus Berlin, 38 Jahre alt — Ungenentübling; am 11. November der Seher Georg Karfisch aus Berlin, 60 Jahre alt — Gehirnschlag; am 12. November der Seher Wilhelm Hartmann aus Mitten 65 Jahre alt — Herzschlag; am 20. November der Seher Max Scherzberg aus Berlin, 42 Jahre alt — Tuberkulose; am demselben Tage der Seherrektor Paul Bolles aus Berlin, 47 Jahre alt — Ungenentübling; am 24. November der Seher Emil Trojand aus Berlin, 57 Jahre alt — Gehirnschlag; am 27. November der Seher Paul Kunze aus Berlin, 27 Jahre alt — Ungenentübling; am 27. November der SeherMax Sinnack aus Schwedt a. d. O., 56 Jahre alt — Magenleiden.  
In Braunschweig am 29. November der Seher Will Keldorff, 27 Jahre alt; am 30. November der Seherinvalide August Böckh, 39 Jahre alt.

## Briefkasten

**H. S. in München:** Wenden Sie sich an den Hamburger Gauvorstand. — **H. A. in Saarbrücken:** Leider zu spät eingegangen; da jedoch die Hauptgedanken sich mit unserm Artikel in Nr. 1 decken und demnach noch in anderem Zusammenhang herorgehen werden sollen, erübrigt sich Abdruck des Artikels. — **H. B. in O.:** Selbstverständlich wird dieser Wunsch gelegentlich berücksichtigt. — **H. C. in G.:** Streubüro wurde wunschgemäß dem Betreffenden, auf schriftlichen Rückübertragung an Ihre Adresse zugeandt. — **H. D. in A.:** Bedauerlich, aber das ist eine ganz Selbstverständlichkeit; allerdings verlässlicher. — **H. E. in G.:** Dank und Gruß. — **H. F. in A.:** Ihre Frage bezüglich der für Buchdrucker geeigneten Epigraphie läßt sich nicht ohne weiteres beantworten. Jeder Buchdrucker wird sein eigenes System für das beste halten. Die Bestellungen der Reichsregierung, ein Einigungsamt zu schaffen, das allen Anforderungen leichter Erwerbbarkeit und Schreiblichkeit entspricht, sind nur zu begrüßen. Diesbezügliche Verhandlungen von Vertretern der Reichsregierung und der Wandel mit Vertretern der weitverbreiteten Systeme „Gabelberger“ und „Goldschrey“ sind bereits eingeleitet. — **H. G. in S.:** 16 Mk.

## □ □ □ Verbandsnachrichten □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schamissofap 5 II.  
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

### Bekanntmachung

**Statistikarten für die Zählung der Arbeitslosen einfinden!**  
Wir eruchen die verehrlichen Vorkände, den Termin für die Einbindung der neuen Statistikarten über die Arbeitslosigkeit im IV. Quartal 1921: 12. Januar 1922, pünktlich einzuhalten. Spätere Eingänge können unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden. Statistik ist der 31. Dezember. Die Karten müssen auch dann eingeleitet werden, wenn Arbeitslose nicht vorhanden waren. Auf richtige Frankierung der Karten ist zu achten!  
Die Hauptverwaltung.

**Mannheim.** Die tariflichen Differenzen bei den Firmen Wilhelm Krauß in Ebersbach (Baden) und C. Heinrich in Traben-Trarbach (Mosel) sind beigelegt; somit wird die Sperre über genannte Druckereien aufgehoben.

### Adressenveränderungen

**Brandenburg.** (Bezirk und Ort.) Vorsitzender: Otto Troldsch, Roonstraße 4.

### Zur Aufnahme gemeldet

(Eingewunden innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):  
Im Gau Leipzig 1, der Korrektor Hugo Arndt, geb. in Helmsdorf (Molkentin) 1898, ausget. in Hlew 1916; die Seher 2, Heinrich Altdallab, geb. in Mollentzen (Mügler) 1899, ausget. daf.; 3, Wenzel Willeh, geb. in Großquarternberg 1893, ausget. daf. 1913; waren noch nicht Mitglieder; die Drucker 4, Alfred Achermann, geb. in Etchheim 1899, ausget. in Leipzig 1919; 5, Otto Fabian, geb. in Albersleben 1902, ausget. in Leipzig 1920; waren schon Mitglieder; 6, Seher in Leipzig, Adlerstraße 9 I, im Gau Mittelheln der Drucker Peter Wierig, geb. in Oberstein a. M. 1896, ausget. daf. 1913; war schon Mitglied. — **Vertrieb** Conradi in Mannheim, U 2, 8.

### Versammlungskalender

**Dresden.** Nachmittags 4 Uhr, im „Vollbau“ (Saal 2).  
**Leipzig.** Ordentliches Maschinenseher-Generalsversammlung Sonntag, den 15. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Vollbau“.  
**Treuen-Eengefeld.** Versammlung Sonnabend, den 7. Januar, abends 7 Uhr, beim Kollegen Schwöper in Treuen.

**Werkzeuge** Die in der vorliegenden Liste angeführten Preise verstehen sich ab 1. Januar 1922 auschl. Porto.

Nr.	Preis	Nr.	Preis	Nr.	Preis	Nr.	Preis
1 Ahle, mittellange Spitze	2,50	28 Zeichenfedern Nr. 190, 731	1,60	55 Pauspapier	1,75	88 Linoleum	4,-
2 Ahle, lange Spitze	2,50	29 Zeichenfeder Nr. 732	1,60	59 Graphitpapier	1,70	89 Zelluloid	13,-
3 Ahlenplatte, mittellang	1,60	30 Zeichenfeder Nr. 733	1,-	60 Quarzblei	4,50	<b>Druck</b>	
4 Ahlenplatte, lang	1,60	31 Überfeder für To	1,20	61 Quarzbleiblock	3,75	90 Druckerahle	3,-
5 Ahle, verstellbare kurze Spitze	7,-	32 Unterfeder für Ly	1,20	62 Gold- und Silberfarbe	4,25	91 Druckerahlenplatte (Droste)	1,-
6 Ahlenplatte, kurz	1,60	33 Abblühsfeder Nr. 405-406	1,20	63 Kleinfeder	7,20	92 Ankermarken	16,50
7 Ahle (Patent)	1,60	34 Abblühsfeder Nr. 400	1,20	64 Kleinfeder	1,20	93 Drahthürten, vierreihig	12,50
8 Ahle (Tafel)	1,60	35 Rundschneidfeder Nr. 70-90	1,40	65 Temperfarbentinten	60,-	94 Drilbohrer	6,-
9 Ahlenplatte (Patent)	1,60	36 Mi-Fed. Nr. 764	1,40	66 Stöckenfarbentinten	19,50	95 Drilbohrereinsatz, 2 Stück	12,50
10 Pinzette, vern., ohne Führungsstift	10,50	37 Federnfortlötend	7,50	67 Halbleuchter Farbentinten	16,50	96 Farbpaletten	9,-
11 Pinzette, vern., mit Führungsstift	15,-	38 Ato-Tinter	6,50	68 Aquarellfarbentinten	30,-	97 Falzblei	2,75
12 Pinzette, poliert, mit Führungsstift	12,-	39 Schreibleinwand	6,50	69 Deckweiß, Tempera	2,75	98 Hammer	2,25
13 Schreibleinwand mit Heft, dreieckig	9,-	40 Redia-Tinter	6,50	70 Deckweiß, chinesisches	3,25	99 Knochensaugen	4,50
14 Schreibleinwand mit Heft, hoch	11,75	41 Schreibleinwand	6,50	71 Eisenbleichwurz	2,15	100 Linsenschärfen	1,-
15 Schreibleinwand mit Heft, rund	9,-	42 Federhalter, gewöhnlich	1,60	72 Pinzel, einseitig	1,20	101 Lupe	10,-
16 Typograph, Maßstab ohne Feder	18,-	43 Federhalter (Umwickel)	1,20	73 Pinzel, zweifach	1,20	102 Nagelheber	8,25
17 Zellenmaß, Glaszirkon	1,25	44 Federhalter	1,20	74 Schreibleinwand	3,50	103 Papiermesser	9,25
18 Zellenmaß	60,-	45 Chinesische Tafel (Slangen)	4,50	75 Schreibleinwand, größer	4,25	104 Punktieren	3,50
<b>Endwurf</b>				76 Flachblei mit Heft	6,-	105 Punzen für Galvano	6,25
19 Alfodern (7 Größen)	1,75	77 Drahthürten mit Heft	6,-	106 Punzen für Auto	7,25	107 Roulette (Ölblei)	40,-
20 Alfodern (5 bis 6 Größen)	1,40	78 Fadenblei mit Heft	6,-	108 Schließleiste	17,50	109 Zurechtfeilen	17,50
21 Alfodern Nr. 13-15	1,-	79 Jullerblei mit Heft	6,-	110 Schraubenzieher	6,-	111 Senkblei	8,50
22 Alfodern Nr. 20	1,50	80 Spaltblei mit Heft	6,-	112 Stifte (Durchschlag)	10,-	113 Zirkel	15,-
23 Rediafedern Nr. 1146 (6 Größen)	1,20	81 Grabblei mit Heft	6,-	114 Zellenauftragswalzen (5 Größen)	200,-	115 Zirkel	15,-
24 Rediafedern Nr. 1189	1,70	82 Pullerblei	6,-	115 Zirkel	15,-		
25 Rediafedern Nr. 1149	1,80	83 Riffelzahn	5,50				
26 Rediafedern Nr. 1149	1,80	84 Gravirradel	9,-				
27 Zofedern (11 Größen)	1,40	85 Hohlblei mit Heft	11,50				
		86 Radiergummi für Tinte	1,-				

**Fachbücher** Die in der vorliegenden Liste angeführten Preise verstehen sich ab 1. Januar 1922 auschl. Porto.

Nr.	Preis	Nr.	Preis	Nr.	Preis	Nr.	Preis
1 Lehrb. f. Buchdr., Satz, von J. A. Hellmayer	20,-	11 Korrektur	11,-	111 Praktische Anweisungen zum Formbereiten	2,25	111 Zirkel mit Stielbügel	25,-
2 Lehrb. d. Buchdruckerkunst, V. A. Müller	18,-	12 Allerh. Sprechdummbellen, G. Wulfmann	12,-	112 Dogenanlegeapparat „Rolory“	5,-	112 Zurechtfeilen	10,-
3 Wie ein Buch entsteht, 4. Auflage, von A. W. Unger	8,50	13 Ausführl. Rechtf. d. Buchdrucker, V. J. Lammeritz	5,-	113 Dogenanlegeapparat „Univ. rital“	6,-	113 Zurechtfeilen	10,-
4 Wegleiter für Schriftsetzerlehrlinge. Kurze Hinweise zur Satzlehre	3,-	14 Der Bindelehre, Die wichtigsten Regeln für die Praxis, von Albrecht Fülle (Berlin)	7,50	114 Schmitz, von Georg Dörband	4,-	114 Zurechtfeilen	10,-
5 Anfangsgründe für Schriftsetzerlehrlinge, von Friedrich Bauer	5,-	15 Der Satz und die Behandlung fremder Sprachen, von Wilhelm Hellwig	25,-	<b>Berechnung</b>		115 Zurechtfeilen	10,-
6 Kleine russische Sprechlehre, von P. Molli	12,-	16 Deutliche Grammatik und kurze Geschichte der deutschen Sprache, von O. Lyon	6,-	116 Deutscher Buchdruck-Preistarif, 5. Auflage	25,-	115 Zurechtfeilen	10,-
7 Kurzer Leitf. für Griechisch, von H. Härtling	2,25	17 Duden, Rechtschreibung	30,-	117 Deutscher Buchdrucker-Kalender, 1921	2,-	116 Zurechtfeilen	10,-
<b>Endwurf</b>				18 Neuhochd. Grammatik, von Bauer-Duden	9,-	118 Die Kalkulation von Druckarbeiten, mit Nachtrag vom 1. Dezember 1921	6,-
8 Abc. des deutschen, von G. Wagner	4,80	19 Duden, Schreibweise	30,-	119 Tabelle zur Berechnung von Druckkosten	4,50	117 Zurechtfeilen	10,-
9 Alphabeth, f. Skizzen, Heft Fünff. - Dauer Heft Stempel	10,50	20 Neuhochd. Grammatik, von Bauer-Duden	9,-	120 Typographische Hilfsballen	1,25	118 Zurechtfeilen	10,-
10 Das Schriftschreiben, Ein Hilfsbüchlein für den praktischen Unterricht, Droschert	9,-	21 Schwere Silbentrennung beim täglichen Schreiben, von A. Wollastek	5,-	<b>Allgemeines</b>		119 Zurechtfeilen	10,-
11 Deutliche Kopfschrift, von W. Krause	13,50	22 Das Ausschleichen der Druckformen, von N. Niehmer	6,-	121 Der Verband d. Deutschen Buchdrucker, f. Bd. Das Problem einer neuen Verfassung	2,50	120 Zurechtfeilen	10,-
12 Die Schrift im Handwerk, von E. Bornemann und P. Hampel, 1 u. II	17,-	23 Die Farben für graphische Zwecke, von O. Würzberger	6,-	122 Deutscher Buchdrucker-Kalender, 1921	4,50	121 Zurechtfeilen	10,-
13 Geschichte der Schriften	32,50	24 Die Farben und ihre Töne, 2. Auflage, mit 7 Farbensätzen, von W. Ehler	24,-	123 1922 - broschiert 8 M., gebunden	12,-	122 Zurechtfeilen	10,-
14 Kunstdruckmappe m. Beispielen f. Ly-Schrift	17,-	25 Die Illustrationsverfahren, von O. Kröger	7,50	124 Das Gesetz über Betriebsräte mit Wahlordnung, von S. Aufhäuser	7,50	123 Zurechtfeilen	10,-
15 Papier zum Skizzieren, eine Kollektion 10 Bögen, farbig, Format 21:31 cm	4,50	26 Die Zurechtfeilen von Schrift-, Platten- und Bildform, von der Techn. Kommission	6,-	125 Kommentar zum Betriebsrätegesetz, von Dr. Georg Flotow, gebunden	18,-	124 Zurechtfeilen	10,-
16 Quarzblei mit Nonpareille-Einstellung	4,50	27 Einführung f. d. Farbenlehre, von W. Oldwald	2,25	126 Buchgewerblich. Hilfsbuch, von O. Säuberlich	20,-	125 Zurechtfeilen	10,-
17 Quarzbleiblock, weiß	3,75	28 Handbuch für Buchdrucker, von Fr. Bauer	10,-	127 Das große Einmaleins	3,-	126 Zurechtfeilen	10,-
18 Vorlagebogen zum Schriftschreiben, zum Selbstunterricht, 12 versch. Tafeln, in Mappe	5,75	29 Offset- und Neudruck	35,-	128 Das Handchiffren-Lesebuch, von Henze	3,-	127 Zurechtfeilen	10,-
19 Zahlen und Ziffern	4,80	30 Offset der „T.M.“	7,-	129 Der Goldene Schnitt, von Timmerling	5,-	128 Zurechtfeilen	10,-

Bei Bestellungen wollen man den Betrag auf unser Postcheckkonto Leipzig Nr. 53430 einweisen und die Rückseite zur Belieferung benützen. Wird der Betrag nicht vorher eingeleistet, dann erfolgt die Zuforderung unter Nachnahme und Berechnung der Kosten. Nach dem Auslande liefern wir nur gegen Voreinrichtung des Betrages. Alle Bestellungen werden schnellstens ausgeführt. Die Preise sind freibleibend.

**Monotypsetzer** für D. Zeller,  
**Monotypgießer**  
 zu sofortigem Eintritt gesucht. Bei zufriedenstellenden Leistungen Dauerstellung.  
 Spamerische Buchdrucker, Leipzig.

**Siegeldrucker**  
 ebenso einen durchaus tüchtigen und zuverlässigen  
**Illustrationsdrucker**  
 welcher nachweislich als solcher längere Jahre tätig war und einwandfreie Arbeit liefert. Gehalt nach Vereinbarung.  
 Hofbuchdrucker, Mag. Sahn & Co., Verlag des „Mannheimer Tageblatt“, Mannheim.

**Buchdruckmaschinenmeister**  
 erfahrener Plattendrucker für mehrfarbigen Druck (hauptsächlich Buchungen), an Frankfurter Maschine mit Universalanleger zu baldigem Eintritt gesucht. Nur durchaus tüchtige und zuverlässige Arbeiter wollen sich melden mit Zeugnis, abschreiben und Wohnansprechen bei  
 Heinrich Rudolf Schärer, G. m. b. H., Bruchsal (Baden).

**Tüchtiger, erfahrener  
 Illustrations-, Auf- und  
 Farbendrucker**  
 guter Maschinen- u. Apparatekennner, sucht sich bei dauernder, selbst. u. teile zu veränd. Gest. Off. mit näheren Bedingungen unter Postkarte 77. Erfurt, Hauptpostk.

**Junger Schweizerdegen**  
 bewandert in allen Säbarten, sucht sofort oder später Stellung. Gest. Off. erbet. an Fritz Höpner, Westfälische (Zül.).

**Die Herren Verbandsfunktionäre**  
 werden gebeten, die Adresse des Maschinenmeisters  
**Johann Kiel**  
 aus Nürnberg bzw. München  
 wichtiger Erbschaftsangelegenheiten wegen an den Rechtsanwalt  
 Dr. Lang in Wehlar (Saab) gelangen zu lassen. Portoauslagen werden sofort vergütet.

**Verbandsmitglieder! Schließt  
 nur Versicherungen ab bei der  
 Volksfürsorge**  
 Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche  
 Versicherungs-Aktiengesellschaft  
 Hamburg 5.

**Gebrauchte Fachlehrbücher**  
 noch gut erhalten, kauft jederzeit  
 Graph. Verlag St. Gieg, München 9.

Am 28. Dezember verschied  
 pflüchlich und unerwartet unser  
 lieber Kollege, der Seherinvalide  
**Franz Eirich**  
 aus Augsburg, im Alter von  
 61 Jahren. 84  
 Ein ehrendes Andenken wird  
 ihm bewahren.  
 Die Mitgliedschaft Würzburg.

**Tüchtiger, erfahrener  
 Monotypsetzer**  
 welcher event. Kollegen am Standort läng. Zeit unterricht. unt. günst. Verhältnissen  
 gesucht. S. Oswald, Parochie St. Blasii, g.

**Junger  
 Monotypsetzer**  
 mit dem Mechanismus der Maschine  
 bestens vertraut, sucht sofort Kondition.  
 Offerten erbeten an  
 Christoph Burba,  
 Anst.berger, Stallgasse 3.

**Der Schriftsetzer** [86]

**Wilhelm Herrmann**  
 geboren am 2. März 1871 in Stuttgart,  
 wird um sein. Adresse gebeten von seinem  
 Bruder Friedrich Herrmann, Expedient,  
 Mannheim, Kleine Wallstraße, 34 pl.

**Graphische Fachkräfte**  
 Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.  
 Zusätzliche durch die  
 Kunstgewerbeschule  
**Barmen.**

**Kollegialen Gruß**  
 sowie ein „Kunstreiches“, gelundes  
**neues Jahr**  
 entbletet und wünscht allen Bekannten  
 und Maßbrüdern!  
 Gähde, Emil (genannt Oberst),  
 „Inhalter Anzeiger“, Weßau.

Am 31. Dezember verstarb unser  
 lieber Kollege, der Schriftgießer  
**Theodor Krabs**  
 aus Altona-Offensen, 45 Jahre  
 alt. Ein ehrendes Andenken wird  
 ihm bewahren.  
 Der Verein der in  
 Schriftsetzereien beschäftigten  
 Arbeiter und Arbeiterinnen in  
 Hamburg-Altona.

**Angenehme Dauerstellung suchen**  
 wir für wechselnde Tag- und Nachtschicht  
 zwei per seite [96]

**Monotypsetzer**  
 mit mehrjähriger Maschinenpraxis,  
 „Schweizer Anzeiger“, Anna I. Weiff.

**Wir suchen einen mit dem Mechanismus**  
 der Maschine durchaus vertrauten  
**Monotypsetzer**  
 für Doppelmagazinmaschine. [82]  
 „Deutsche Bergwerks-Zeitung“,  
 Essen, Postfach 184.

**Typographsetzer**  
 (unverheiratet), guter Maschinenkennner,  
 für A- und B-Maschine zum Eintritt  
 am 7. Januar oder später gesucht. 5 Proz.  
 Gehaltzuschlag, Reisevergütung usw.  
 „Streitblatt“, Querfurt.

**Zuverlässiger  
 Monotypsetzer**  
 sowie eiltliche [81]

**Polensetzer**  
 sofort bei guter Bezahlung gesucht.  
 Verlag Joseph Stieglitz & Friedrich Hüfner,  
 Verlagsabteilung, Regensburg.

**Der Neue Brockhaus**  
 Band I ist erschienen; ermäßigter Sub-  
 skriptionspreis 140 Mk. Betriebs-  
 abnehmer und Druckereibesitzer, die sich  
 für den Vertrieb dieses „Handbuchs  
 des Wissens“ interessieren, wollen Pro-  
 spekt u. Einzelbestellungslisten verlangen vom  
 Kollegen St. Gieg, München 9,  
 Columbusstraße 1.

Für den „Korrespondent“ ist:  
 die Telefonnummer 14111,  
 das Postcheckkonto Leipzig Nr. 61328.

Allen Kollegen für die liebevolle  
 Teilnahme beim Beimgange meines  
 Vaters, des früheren  
 Gauverwalters  
**Christian Dils**  
 vielen Dank.  
 Im Namen der trauernden Hinter-  
 bliebenen: Adolf Dils, Halle a. S.

Am 28. Dezember verstarb  
 pflüchlich und unerwartet in Sam-  
 burg, wo er die Weihnachtstage  
 besuchungsweise verbrachte, unser  
 lieber Kollege, der Schriftsetzer  
**Woldemar Gärtner**  
 im Alter von 52 Jahren.  
 Ein ehrendes Andenken be-  
 wahrt ihm  
 Mitgliedschaft Chemnitz.